

Antrag 60/I/2026**Unterbezirk Potsdam****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Solidarität mit den Kurd:innen**

1 Die aktuelle Lage in Rojava (Nord- und Ostsyri-
2 en) ist nach wie vor dramatisch. Die demokra-
3 tisch selbstverwalteten Gebiete sehen sich massi-
4 vem Druck durch das syrische Regime und durch
5 die Türkei ausgesetzt. Immer noch sind Hunderttau-
6 sende Menschen vertrieben. Viele, insbesondere die
7 Menschen in Kobani, sind belagert. Die demokrati-
8 schen Errungenschaften der Autonomieverwaltung
9 von Nord- und Ostsyrien, insbesondere in Bezug
10 auf Geschlechtergerechtigkeit, Minderheitenschutz
11 und basisdemokratische Mitbestimmung, sind akut
12 bedroht.

13 Zeitgleich setzt die türkische Regierung ihre Re-
14 pression gegen Kurd*innen im eigenen Land fort.
15 Auch im Iran sind Kurd:innen Zielscheibe staatli-
16 cher Gewalt, besonders im Kontext der "Jin, Jiyan,
17 Azadî (Frauen, Leben, Freiheit)"-Bewegung. Auch die
18 Kurd*innen im Irak stehen unter massivem Druck,
19 einerseits durch die wiederholten Angriffe der tür-
20 kischen Luftwaffe, insbesondere im Gebiet der Je-
21 sid:innen in Singal und im Flüchtlingslager Mexmûr,
22 andererseits nun auch durch den Iran im Rahmen
23 des Iran-Krieges.

24 Wir bekennen uns zu unseren internationalistischen
25 Grundwerten der Freiheit, Selbstbestimmung, De-
26 mokratie und Menschenrechte. Unsere Solidarität
27 gilt allen Menschen, die an Leib und Leben bedroht
28 werden, denen diese Werte verwehrt werden, weil
29 sie sich für ihre Selbstbestimmung und diese Werte
30 einsetzen. Die Kurd*innen in Rojava, der Türkei, im
31 Irak und im Iran tun dies unter schwersten Bedin-
32 gungen.

33 **Forderung** Der Landesparteitag fordert die Mitglie-
34 der der Bundestagsfraktion und der Bundesregie-
35 rung auf:

- 36 1. Die Aufnahme eines neuen Friedensprozesses
37 zwischen dem türkischen Staat und der kurdi-
38 schen Bevölkerung zu unterstützen sowie die
39 politische Verfolgung von kurdischen Opposi-
40 tionellen zu verurteilen.
- 41 2. Klare Konditionen für Wiederaufbauhilfen zu
42 stellen.
- 43 3. Den **Schutz der kurdischen Volksgruppe und**

anderer Minderheiten in der syrischen Verfassung zu fordern und zu ermöglichen. Die syrische Verfassung muss die **kulturelle, sprachliche und politische Autonomie** der kurdischen Volksgruppe sowie aller anderen ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten (u. a. Assyrier, Armenier, Turkmenen, Jesiden, Drusen) **verfassungsrechtlich garantieren**. Dazu gehören: - **Anerkennung als eigenständige Volksgruppen** mit kollektiven Rechten auf Selbstverwaltung in ihren historischen Siedlungsgebieten (z. B. in Form von föderalen oder autonomen Strukturen). - **Verbot von Diskriminierung** aufgrund von Ethnizität, Sprache oder Religion sowie wirksame Mechanismen zur Ahndung von Verstößen. - **Offizielle Anerkennung der kurdischen Sprache** als Amtssprache in mehrheitlich kurdisch besiedelten Regionen und das Recht auf muttersprachlichen Unterricht in Schulen und Medien. - **Schutz des kulturellen Erbes**, einschließlich der Förderung kurdischer und anderer Minderheitenkulturen, sowie das Recht auf eigene Bildungs- und Medieninstitutionen. - **Sicherstellung politischer Teilhabe** durch quотиerte Vertretung in staatlichen Institutionen (z. B. Parlament, Regierung, Justiz) und lokale Selbstverwaltungsorgane. - **Internationale Überwachung** der Umsetzung dieser Rechte durch unabhängige Gremien (z. B. UN, OSZE) mit Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen.

4. Humanitäre Hilfe für vom Konflikt betroffene kurdische Gebiete, insbesondere in Nordostsyrien und Singal, zu erhöhen.

5. Schutzprogramme für besonders bedrohte Gruppen wie Jesid*innen, Frauen und politische Aktivist:innen aus den betroffenen Regionen zu unterstützen.

6. Die Kriminalisierung kurdischer Organisationen und Symbole in Deutschland zu überprüfen und Initiativen für Dialog und Integration der kurdischen Community zu fördern.

Begründung

Die Kurd:innen in Rojava haben im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) einen entscheidenden Beitrag für die internationale Sicherheit geleistet. Sie haben eine fortschrittliche, feministische und basisdemokratische Gesellschaftsord-

93 nung aufgebaut, die beispielhaft für die gesamte
94 Region ist. Die Offensive der syrischen Übergangs-
95 regierung zerstören dieses gesellschaftliche Projekt.
96 Die Fluchtbewegungen, die humanitäre Not und die
97 gezielten Angriffe auf zivile Infrastruktur machen ei-
98 ne sofortige Reaktion notwendig.
99 Im Irak und insbesondere in der jesidischen Region
100 ingal greift die türkische Armee regelmäßig zivil-
101 gesellschaftliche Strukturen und medizinische Ein-
102 richtungen an. Im Iran wiederum sind Kurd:innen
103 ein zentraler Teil der Demokratiebewegung, werden
104 jedoch besonders hart verfolgt.
105 Die SPD muss angesichts dieser Lagen ihren inter-
106 nationalistischen Anspruch mit Leben füllen. Soli-
107 darische Außenpolitik bedeutet, an der Seite derer
108 zu stehen, die für Selbstbestimmung, Frieden und
109 Demokratie kämpfen. Es ist unsere sozialdemokra-
110 tische Pflicht, klare Haltung zu zeigen.
111 Die Asylpolitik der Bundesregierung mit Rückföh-
112 rung Geflüchteter Richtung Syrien und Schutz vor
113 weiteren Geflüchteten durch Erdogans Türkei dür-
114 fen nicht die Standards der deutschen Außenpolitik
115 unterhöhlen.